BAG | Bundesarbeitsgemeinschaft
ASD | Allgemeiner Sozialer Dienst

BAG ASD e.V. | c/o Grüntaler Str. 21, 13357 Berlin

Kontakt:

E-Mail: K.kubisch-Piesk@bag-asd.de
Telefon: 030 90 18 45340
Fax: 030 90 18 45331
Anschrift: c/o Grüntaler Str. 21, 13357 Berlin
Datum: 24.03.2023

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz, sehr geehrte Ministerin Paus, es braucht eine neue öffentliche Verantwortungsübernahme für den Kinderschutz!

Die Jugendämter und freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe leisten einen wichtigen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt, zur Funktionsfähigkeit unserer Gesellschaft. Die Familien, Kinder und Jugendlichen haben ein Recht auf qualifizierte Hilfe, Beratung und Unterstützung.

Wir müssen Ihnen sagen: Mit größter Sorge und zunehmender Verzweiflung betrachten wir die Situation der Kinder, jungen Menschen und Familien aber auch die Situation in den Allgemeinen Sozialen Diensten (ASD), den Krisen- und Schutzstellen, Wohngruppen und ambulanten Hilfen zur Erziehung.

Das System der Kinder- und Jugendhilfe als kritische Infrastruktur kollabiert. Es kann seinen gesetzlichen Auftrag nicht mehr erfüllen!

Wir bitten Sie, Herr Bundeskanzler Scholz und Sie, Frau Ministerin Paus, eindringlich darum noch stärker Verantwortung für die Familien, Kinder und Jugendlichen in unserem Land zu übernehmen.

Aus unserer Sicht braucht es jetzt und unverzüglich die zeitnahe Einberufung eines

Kinderschutz-Gipfels unter der Federführung der Bundesregierung

Soziale Gerechtigkeit und Lebenschancen von jungen Menschen sind nachhaltig ebenso gefährdet wie soziale Teilhabe und die Rechte von Kindern. Auf dieses Problem und die drohende Überlastung des Systems weisen inzwischen etliche Stellungnahmen mehrerer Verbände und Organisationen sowie zahlreiche Aktionen eindrücklich hin.

Zu Ihrer Information: Am 9.12.2022 hat die Bundesarbeitsgemeinschaft Allgemeiner Sozialer Dienst (BAG ASD) mit ihrem Positionspapier[1] auf die aktuelle Situation in den Allgemeinen Sozialen Diensten und den Hilfen zur Erziehung aufmerksam gemacht.

Der Aufsatz „Krise als neue Normalität“ (JAmt Heft 1/2023), an dessen Entstehung 30 Jugendamtsleitungen beteiligt waren, beschreibt ebenso zutreffend die Krisendynamik und Krisenkumulation der vergangenen Jahre, krisenverschärfende Bedingungen wie den Fachkräftemangel sowie die Auswirkungen der Krisen auf Kinder, Jugendliche und ihre Familien.

Immer mehr ASDs müssen aber andere, für die Gesellschaft ebenso wichtige Aufgaben, notwendige Beratungs- und Hilfeprozesse reduzieren oder zeitweilig aussetzen.“[2]

Zwischenzeitlich ist selbst der Kinderschutz in Teilen nicht mehr gemäß geltender Standards und rechtlicher Normen zu gewährleisten. Die Betreuungssituation der Kinder und Jugendlichen in Krisensituationen ist weder fachlich noch moralisch weiter vertretbar. So hat der Fachkräftemangel nicht nur Auswirkungen auf die Aufgabenerledigung im ASD, sondern auch auf alle Angebote der Hilfen zur Erziehung. Insbesondere in Bezug auf den Schutzauftrag in Notsituationen und dem Recht der Familien auf Unterstützung bei einer „dem Wohl des Kindes entsprechende Erziehung“ (§ 27 SGB VIII).

Wenn aber diese Fachkräfte, diese „Krisenbewältiger*innen“ selbst in die Krise geraten (vakante Stellen[3], zunehmende Arbeitsbelastung, Reduzierung von fachlich sinnvollen Standards) und ihnen die notwendigen Ressourcen fehlen (ausreichende ambulante Hilfen, Heim-, Wohngruppen-, Inobhutnahme- und Krisenplätze[4]), ist ein Zusammenschluss und ein gemeinsames Handeln auf allen Ebenen zur Verhinderung eines weiteren Systemversagens dringend notwendig.

Ein „Weiter so…“ wird nicht funktionieren. Es bedarf „nicht nur eine neue jugendhilfepolitische Bewertung und Analyse der aktuellen Ausgangslage, sondern auch eine abgestimmte konzertierte Aktion mit Politik, Verwaltung und den freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe“[5] unter Einbeziehung der Wissenschaft und einen Zusammenschluss aller Beteiligten um gemeinsam kurz-, mittel- und langfristige Handlungsansätze und Maßnahmen zu beraten und in der Folge die Voraussetzungen zu schaffen, diese umsetzen zu können.

---

[1] S. S. ASD-BAG-19-12-2022-Positionspapier.pdf (bag-asd.de)
[2] JAmt s. Heft 1/2023 „Krise als neue Normalität“
[3] Siehe auch Positionspapier der Fachgruppe Inobhutnahme der Internationalen Gesellschaft für erzieherische Hilfen
[4] S. ASD-BAG-19-12-2022-Positionspapier.pdf (bag-asd.de)

Themen für den Kinderschutz-Gipfel und einen sich anschließenden Aktionsplan müssen sein:

Sofortige Umsetzung

- die Sicherstellung einer ausreichenden finanziellen Ausstattung der Kommunen, Träger der öffentlichen Jugendhilfe um stabile und verlässliche Arbeitsbedingen zu gewährleisten
- eine oder verschiedene Fachkräfteoffensive(n) für die Hilfen zur Erziehung und den ASD sowie den Ausbau von Studienplätzen an den öffentlichen Hochschulen
- eine ernsthafte Auseinandersetzung darüber, ob und wie unter den zuvor genannten Bedingungen eine Umsetzung der inklusiven Jugendhilfe bis zum Jahr 2028 wirklich im Sinne der Kinder, jungen Menschen und ihrer Familien gelingen kann
- eine den heutigen Standards entsprechende technische und räumliche Ausstattung der ASDs; insbesondere Smartphones, Laptops, Tablets, Büros und Besprechungsräume
- Unterstützung der ASD Fachkräfte durch zügige Bereitstellung von z.B. Verwaltungskräften und Schreibdiensten zur Entlastung bei der Dokumentation und dem Verwaltungsaufwand
- eine ernstzunehmende und ernstgemeinte Umsetzung der Personalbemessung gemäß § 79 SGB VIII unter Berücksichtigung einer ausreichenden Einarbeitungszeit neuer Fachkräfte

Darüber hinaus braucht es u.a. folgende kurz- und längerfristige Maßnahmen:

- einen auskömmlichen Fortbildungs- und Qualifizierungsetat (Qualitätsentwicklung) in den ASD und bei den Trägern der Hilfe zur Erziehung, um den fachlichen Anforderungen gerecht werden zu können
- verbindliche Supervisions- und anderer Entlastungsmöglichkeiten für alle Fachkräfte in diesem herausfordernden Arbeitsfeld
- quantitative Erfassung des „Mangels“ und ein transparentes zeitnahes Personal Monitoring unter Beteiligung der Fachkräfte
- Lösungsstrukturen, Ehrlichkeit und aktive Kreativität bei allen Beteiligten, um den unmittelbaren Ausbau von Krisenplätzen für Kinder und Jugendliche in Not zu ermöglichen einschließlich einer verantwortungsvollen Überprüfung von Fachkraftschlüsseln, um kindgerechte Unterbringungen zu gewährleisten und damit den Schutz von Minderjährigen sicherzustellen
- die sorgfältige Abschätzung der Folgen neuer Gesetzesvorhaben im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe und damit einhergehend die verbindliche Umsetzung des § 79 (3) SGB VIII sowie deren Einführungen und Umsetzung mit Augenmaß und Realitätssinn
- die Einführung eines Pflichtmoduls „Kinderrechte und Kinderschutz“ in allen pädagogischen Ausbildungsgängen und insbesondere in den Studiengängen der Sozialen Arbeit, der Pädagogik der Kindheit und der Erziehungswissenschaften
- die Prüfung von Möglichkeiten die Fachkräfte in den ASD und in den Hilfen zur Erziehung durch Nichtfachkräfte (im Kita-Bereich wohl Alltagshelfer*innen genannt) zu unterstützen
- dialogische Qualitätsentwicklung mit den Fachkräften und Akteuren zusammen

- und nicht zuletzt: Eine angemessene Bezahlung für die verantwortungsvolle Tätigkeit im Kinderschutz

Wir fordern den Kinderschutz-Gipfel, um eine öffentliche Diskussion zur Überprüfung der Aufgaben und Standardsetzungen in den ASD hinsichtlich einer – hoffentlich nur vorübergehenden - fachlich vertretbaren Reduzierung zu initiieren und gleichzeitig sicher zu stellen, dass Kinder, Jugendliche und Familien in jeder Lebenslage in Deutschland jederzeit entlang der geltenden Rechtslage gut versorgt und beteiligt sind.

Mit freundlichen Grüßen

Kerstin Kubisch-Piesk

Vorsitzende der BAG ASD